WP-5-217 Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Antragsteller*in: Louis Krüger (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu WP-5

Von Zeile 216 bis 220:
Medienteams an jeder Schule schaffen wir außerdem die Ressourcen, die es braucht, um kritische digitale und Medienbildung in Schulen dauerhaft zu etablieren~~. Zusätzlich bilden wir Online-Streetworker*innen zum Einsatz in den sozialen Medien aus. Um Jugendliche gut auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, prüfen wir die Einführung des Fachs Informatik als Pflichtfach.~~ und Jugendliche gut auf die digitalisierte Welt vorzubereiten. Zusätzlich bilden wir Online-Streetworker*innen zum Einsatz in den sozialen Medien aus. Ein berlinweites Handy-Verbot an Schulen lehnen wir ab und unterstützen die Schulen mit Leitfäden dabei, eigenverantwortlich eine auf die jeweilige Schule zugeschnittene Regelung zu entwickeln.

Begründung

Die Stundentafeln an Schulen sind bereits jetzt stark überlastet sind. Die Einführung eines weiteren Pflichtfachs würde zwangsläufig zur Verdrängung anderer Bildungsbereiche führen oder die Lernbelastung der Schüler*innen weiter erhöhen, ohne dass dafür ausreichend zeitliche Ressourcen vorhanden sind. Eine solche Debatte ist kaum zielführend und insbesondere nicht, wenn sie singulär ein Fach betrachtet und nicht grundsätzlich im Zuge einer Reform der Stundentafel gesehen wird. Es ließen sich viele andere Fächer finden, für deren Einführung sich aus inhaltlicher Sicht ebenfalls gut argumentieren ließe.

Grundlegende digitale und informatische Kompetenzen, die für den schulischen Alltag relevant sind, lassen sich auch fächerübergreifend vermitteln – etwa in Mathematik, den Naturwissenschaften oder den Gesellschaftswissenschaften. Auf diese Weise können digitale Fähigkeiten sinnvoll in fachliche Kontexte eingebettet werden, ohne ein eigenständiges Pflichtfach zu etablieren, dessen Umsetzung derzeit mehr Probleme als Mehrwert schaffen würde. So ist es aktuell auch im Berliner Rahmenlehrplan vorgesehen. Darüber hinaus müssen außerschulische Lernorte wie Medienkompetenzzentren gestärkt und Kooperationen mit Schulen befördert werden.

Ein berlinweites Handy-Verbot an Schulen wird abgelehnt, weil Schulen sehr unterschiedliche pädagogische, soziale und organisatorische Voraussetzungen haben. Eine einheitliche Regelung kann diesen Unterschieden nicht gerecht werden und würde die pädagogische Gestaltungsfreiheit der Schulen unnötig einschränken. Schulen kennen ihre Schülerschaft, ihr Umfeld und ihre bestehenden Konzepte am besten und sind daher in der Lage, passgenaue Regelungen zu entwickeln, die im Schulalltag auch tatsächlich umgesetzt und akzeptiert werden.

Darüber hinaus stärkt ein eigenverantwortlicher Umgang mit Handyregelungen die Schulentwicklung und fördert eine verantwortungsbewusste Mediennutzung statt reiner Verbotslogik. Pädagogisch sinnvoller als ein pauschales Verbot ist es, klare, transparente und altersangemessene Regeln zu etablieren, die Lernphasen schützen und zugleich Medienkompetenz fördern. Leitfäden und Unterstützungsangebote des Landes können den Schulen dabei Orientierung geben, ohne ihnen starre Vorgaben zu machen.

Nicht zuletzt erhöht eine schulspezifische Regelung die Akzeptanz bei Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern, da sie gemeinsam erarbeitet und an die jeweilige Schulkultur angepasst werden kann. So entstehen tragfähige Lösungen, die sowohl den Schutz des Unterrichts als auch die pädagogische Verantwortung der Schulen in den Mittelpunkt stellen.

Unterstützer*innen

Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Christina Markfort (KV Berlin-Mitte); Yorick Stöve (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lennart Gehrenkemper (KV Berlin-Pankow); Annette Klemm (KV Berlin-Pankow); Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin); Corinna Balkow (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick)